

WIN

WOLFMAN

WOLFMAN

DIE AG WOHNEN...

Schon einige Wochen vor Beginn des SS 73 /74 war abzusehen, daß ein Teil der ca. 3.000 in Darmstadt neuimmatrikulierten Studenten (1.000 an FHD, 2.000 an THD) keine Wohnmöglichkeit in Darmstadt finden würde. Bereits am ersten Tag der Erstsemestereinführung trafen sich einige Studenten, um einen Ausweg aus ihrer Wohnungsnot zu finden. Aus diesen ca. 30 Studenten bildete sich eine feste Gruppe, die sich nicht damit begnügen wollte, nur ein Dach über dem Kopf zu finden, sondern die sich mit der Wohnungsproblematik grundsätzlicher beschäftigen wollte. Die "AG Wohnen" traf sich nun regelmäßig einmal in der Woche. Die Ziele und Inhalte, die in Anfang abgesteckt wurden sahen folgendermaßen aus:

- Beschaffung von Informationsmaterial über die jetzige Wohnungssituation in Darmstadt (Informationsquellen: Kommunale Wohnungsvermittlung, Mieterverein, Institut für Wohnen und Umwelt, Studentenwerk u. a.)
- feststellen, wo in Darmstadt Wohnraum leersteht bzw. verkommt, evtl. Verhandlungen mit den Besitzern aufnehmen, diese Information sollen ausgewertet und in einer Dokumentation zusammengefaßt werden, die ein genaues Bild über den derzeitigen Darmstädter Wohnungsmarkt abgeben soll. Die AG will versuchen, die Wohnungsmisere theoretisch zu beleuchten (Erfassung ökonomischer und gesellschaftlicher Zusammenhänge);
- Beschäftigung mit neuen Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaft); als Anfang hierzu wurde ein Fragebogen erstellt, der die Einstellung der einzelnen Mitglieder der AG zu Wohngemeinschaften feststellen soll.
- Ständige Information der Studentenschaft über die Ergebnisse der Arbeit, um neue Interessenten für die AG zu gewinnen. Obwohl im Moment keiner "auf der Straße sitzt" leben viele Studenten unter unzumutbaren Bedingungen (zu hohe Mieten; weite Anfahrtswege; Schwierigkeiten mit Vermietern, die nur Nichtraucher, Verheirateten oder Studenten ohne Geschlechtsleben ein Zimmer vermieten). Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage steht in der Wohnungsvermittlung unseres Studentenwerks bei durchschnittlich 1 : 10.
- 5) Ständige Information der Darmstädter Bevölkerung über die Wohnungsnot der Studenten; es soll versucht werden, die in großer Masse vorhandene Vorurteile gegenüber Studenten abzubauen.

Mit der Zeit stellte sich heraus, daß einige der anvisierten Ziele wahrscheinlich nur schwer erreichbar sind; vor allem deshalb, weil die Beschaffung von statistischem Material und anderen Arbeitsunterlagen teilweise sehr schwierig ist. Außerdem wurde die Gruppe immer wieder gebremst, weil die Fluktuation recht gross war. Einige Mitglieder hielten es nicht mehr für nötig, mitzuarbeiten, weil sie mittlerweile eine Wohnung fanden, anderen war die zeitliche Belastung zu gross. Aber immer wieder stiessen neue Studenten zu der Gruppe der feste Kern umfaßt mittlerweile ca. 10 - 12 Mitglieder.

Eine Zusammenarbeit mit TH-Studenten wurde von vornherein angestrebt. Nachdem sich auch an der TH eine AG Wohnen gegründet hatte, wurde vereinbart, daß die AG an der FHD so weiterarbeitet wie geplant, sich gleichzeitig aber als Teilgruppe der TH-AG betrachtet. Die Arbeit an der TH blieb aber schon in der Anfangsphase stecken, wegen mangelnder Mitarbeit stellte die AG Wohnen (THD) ihre Arbeit wieder ein. Erfreulich ist, daß in unserer Gruppe einige TH-Studenten mitarbeiten. Die letzten Wochen waren gekennzeichnet von der nun stattfindenden Informationswoche, an mehreren Terminen pro Woche (auch am Wochenende) wurde diese Aktion vorbereitet, in der erste Arbeitsergebnisse veröffentlicht werden.

Die anfänglich etwas perspektivlose Arbeit wurde konkreter, als feststand, daß mehrere studentische Wohngemeinschaften auf die Straße gesetzt werden sollen (Studentenwohnheim Fichtestraße soll am 31. 12. 73 geräumt werden, "Hotel Traube" im März und Heidelberger Straße 69 im Juli 74). Langsam wurde klar, daß das Wohnproblem nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern die Arbeit daran Teil eines in Zukunft verstärkt zu führenden Sozialkampfes sein muß. Was Sozialkampf bedeutet dürfte wohl jedem Studenten klar sein: Gegenmaßnahmen gegen die ständig verminderten BAFOG-Zahlungen und gegen die Zwangseingliederung in das Studentenwerk Darmstadt, die mit Zahlung von ca. 100,- DM pro Student und Semester verbunden ist. Von diesen Maßnahmen sind wir schon betroffen bzw. werden es mit Sicherheit im nächsten Semester sein; es wird höchste Zeit, daß wir uns gemeinsam dagegen wehren.

Besucht die **AUSSTELLUNG**
der **AG WOHNEN**!!

10.12. - 15.12.

Kommt zur **BAFOG VV**

11.12. 10⁰⁰ AULA

FHD





WOHER

Kommt die WOHNUNGS- -NOT

Die Wohnung ist eine Ware, der jedoch eine besondere Bedeutung zukommt. Der besondere Charakter der Ware Wohnung besteht darin, daß sie ortsgebunden ist und ihr Austausch durch Wechsel der Mieter vorstatten geht. Durch Abwöhnen wird sie verbraucht. Jeder hat das elementare Bedürfnis nach Wohnen. Jeder muß wohnen. Keiner kann sagen: Ich wohne mal zwei Wochen nicht. Es ist sogar verboten. Man ist deshalb darauf angewiesen, sich die Ware Wohnung auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt zu beschaffen.

Die Produktion der Ware Wohnung bestimmt jedoch der, dem der Grund und Boden gehört. Der Mieter erwirbt durch seine Mietzahlung keinen Gegenstand sondern ein Nutzungsrecht.

Auch dann wenn das Haus, in dem er wohnt, schon lange bebaut ist, muß dieses Nutzungsrecht ständig neu durch Mietzahlung erworben werden. Die Mieter zahlen praktisch für das Recht die Erde bewohnen zu dürfen.

Der Boden kann nicht wie eine andere Ware produziert werden, da er nicht beliebig verrennbar ist. In den Städten konzentrieren sich immer mehr Menschen auf einer gleichbleibenden Bodenfläche. Daher ist die Miete in den letzten Jahren enorm gestiegen.

Gerade in der City bieten die besten Plätze die höchsten Umsätze für Konzerne, die sich hier ansammeln. Die Folge davon: die Bodenpreise steigen erheblich, was sich z. B. in der gigantischen Hochbauweise niederschlägt. Vor allem Banken, Versicherungen und Kaufhäuser können die Preise für Grundstücke in den Innenstädten bezahlen (in Berlin und München kostet der Quadratmeter teilweise bis zu 30.000,-). Die Folgen sind u. a.:

Die Menschen werden aus der Innenstadt an den Stadtrand oder in Satellitenstädte verdrängt.

Wohnraum und Arbeitsstätte werden immer weiter auseinandergerissen, die Anfahrtswege folglich länger. Die Zahl der Pendler wird größer. Andererseits sind die öffentlichen Verkehrsmittel entweder gar nicht vorhanden oder völlig unzureichend. Die Bodenwertsteigerung ist hauptsächlich in die Taschen der Spekulanten geflossen. (In der BRD 50 Mili. DM Spekulationsgewinne seit dem Krieg.) Heute müssen die Mieter mit hohen Mietzinsen dafür bezahlen. Solange ein Bodenmarkt existiert, und sich Banken, Versicherungen, Bauunternehmer und Bodenspekulanten um die knappe Ware Boden Konkurrenz machen können, sind diese Preissteigerungen nicht zu stoppen.

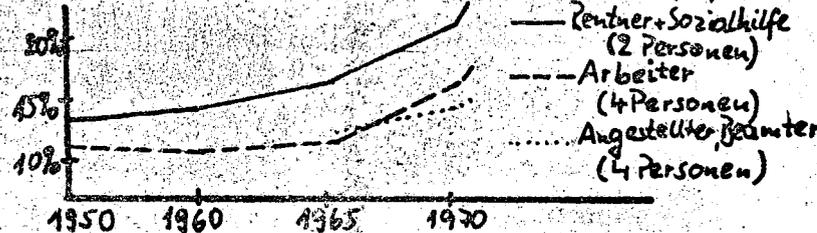
Solange es privaten Bodenbesitz gibt, wird der Bodenpreis als Kostenfaktor der Miete weiter wachsen. Wer bereit und fähig ist, den Marktpreis für gute Wohnungen zu bezahlen, erhält eine. Alle anderen müssen nehmen was übrig bleibt. Da die Besitzenden möglichst viel Gewinn machen wollen, bauen sie neue Wohnungen. Mit den alten läßt sich weniger Profit machen. (Deswegen zerstört man billigen Wohnraum in Altbauten)

Zusammen mit dem Mangel an billigen Wohnungen, den wachsenden Baupreisen, führen Bodenpreissteigerungen zwangsläufig zu Mieterhöhungen.

Davon sind am härtesten die sozial schwächsten Schichten in unserer Gesellschaft betroffen. Kinderreiche Familien, Gastarbeiter, Studenten u. a.

Das sieht man daran, daß sich die Mietsteigerungen doppelt so schnell erhöhen, wie die Steigerungen am Realeinkommen.

Mieten in % des Einkommens (aus: Kürsbüch 27)



Die Wohnungspolitik der Städte steht eindeutig auf Seiten der Banken und Industrien.

Die Wohninteressen der breiten Bevölkerung werden vernachlässigt. Dies beweist der absolute Rückgang der sozialen Wohnungsbauten in der BRD.

In dem Artikel "Sozialer Wohnungsbau gebremst", der am 22. 11. im Darmstädter Echo erschien, steht geschrieben, daß die geplanten Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau 1973 und 1974 nur zur Hälfte gebaut werden. Die Wohnungsbaugesellschaften führen diesen erheblichen Rückgang (1973 von ca. 100 000 auf ca. 50 000) (1974 noch weniger) auf die Stabilitätspolitik der Bundesregierung zurück.

11.100 Personen stehen allein in Frankfurt auf der Warteliste von Sozialwohnungen. Studenten haben prinzipiell das Recht auf Antragstellung für eine "Sozialwohnung" wenn sie nicht mehr als 12.000 DM im Jahr zur Verfügung haben. Allerdings haben sie so gut wie kein Anrecht auf Wohngeld, außer in seltensten Ausnahmefällen z. B. Vollwaisen, Flüchtlinge deren Eltern noch im Heimatland sind u. ähnliche Fälle. Das zuständige Amt argumentiert so, daß Studenten nicht doppelt gefördert werden sollen, sondern nur über Bafög (Leute die Bafög bekommen haben prinzipiell kein Anrecht auf Wohngeld, da es im Bafög schon enthalten sei). Studenten die keine Ausbildungsförderung bekommen und von den Eltern viel zu wenig Geld, weil diese nicht mehr geben können oder wollen haben so gut wie keine Chance von anderen Quellen materielle Unterstützung zu bekommen.

In Darmstadt sind es 1973 allein 1.655 gewesen (lt. Wohnungsamt). Ausserdem besteht, vor allem in neuen Siedlungen, ein ungeheurer Mangel an Wohnfolgeeinrichtungen, z. B. werden Sozialeinrichtungen, wie Kindergärten, Altenzentren, Jugendzentren etc. wenn überhaupt immer als letztes gebaut, denn sie werfen keinen Gewinn ab. ●●●

... WOHNER kommt die WOHNUNGSNOT?

Warum gibt es für ausländische Arbeiter und Studenten kaum akzeptable Wohnungen?

Immer mehr sind auch Studenten von dem Wohnungsproblem betroffen, allein dieses Semester suchten insgesamt 3.000 Studenten in Darmstadt Wohnraum.

- Ende der 60er Jahre brauchte man qualifizierte Arbeitskräfte für den Produktionsprozeß. Deshalb baute man die Kapazität der Hochschulen aus. Man schaffte aber keinen oder ungenügend Wohnraum für Studenten. Die Studentenwohnheime können höchstens jeden 15. Studenten in Darmstadt versorgen. Weil Mangel an Arbeitskräften bestand holte man sich Arbeitereriganten in die BRD, schaffte aber auch für sie keinen Wohnraum. Viele Gastarbeiter müssen wie Tiere in Baracken oder in betriebseigenen Gettos hausen und werden als billige Lohnsklaven ausgebeutet.

• der besonderen Notsituation von Gastarbeitern, kinderreichen Familien, Studenten usw. werden riesige Gewinne erzielt. Es werden Hochmieten für Wohnungen und extrem hohe Maklergebühren verlangt.

WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN TUN?

Es gibt keine systemkonforme Lösung des Wohnproblems. Solange die Markkraft das Zuteilungskriterium für Wohnraum ist, solange der Profit und der Kapitalismus das jährliche Bauvolumen bestimmen, solange die Bodenpreise den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen sind, wird die Wohnungs-

not ein Dauerproblem sein.

In den letzten Jahren gingen von den Metropolen der Wirtschaft, Emanzipationsprozesse in der Bevölkerung vorstatten. Die Mieter zeigten, daß sie sich nicht mehr jede Planung von oben widerspruchslos gefallen lassen. Das zeigte sich zum Beispiel: An der Besetzung des Georg von Rauch-Hauses in Berlin, der Besetzung des Hauses im Kettenhofweg in Frankfurt durch Schüler, Arbeiter und Studenten, die Besetzung des Hotels Traube, und der Uttinger Villa in Darmstadt, dem Mietboykott in Kranichstein und viele Bürgerinitiativen in der ganzen BRD. Der Häuserkampf wird solange anhalten, bis es keine künstlich erzeugte Wohnungsnot mehr gibt, bis nicht mehr für den Profit geplant und produziert wird, sondern für die Menschen.



WIE WOHNEN WIR

HAUSERKAMPF IN FRANKFURT

STUDENTEN

Die Situation ist für die meisten Studenten geprägt davon, daß das Studium nur eine kurze Übergangsform zum Beruf hin ist, man also während dieser Zeit ohne weiteres in einer Wohnsituation sich befinden kann, die den eigenen Bedürfnissen nicht entspricht. Man sucht also ein Zimmer, so billigs möglich oder bleibt bei seinen Eltern wohnen, beides ist verbunden mit einer starken Einschränkung dessen was man braucht, in Ruhe arbeiten, vogeln wann man willetc. Dazu kommt, daß die Anhäufung von Studenten in den Großstädten überproportional anwächst, gleichzeitig aber die traditionellen Wohnviertel der Studenten bzw. aller, die kein oder wenig Geld haben, die Altstädte vergrünert werden. Dies ist nicht nur in Frankfurt so, sondern auch in Darmstadt.

Für uns an der Fachhochschule macht sich das Problem der Pendler am stärksten bemerkbar. Durch das kurze Studium, nur 3 Jahre, und dem verschulden Unterricht, früher nur vormittags Vorlesung, meinen die meisten, sie könnten bei ihren Eltern wohnen bleiben. Wenigstens ist dies die Situation in den technischen Fachbereichen, in den anderen ist die Situation von Studium her anders und ein Pendler daher kaum möglich.

Abgesehen von dem grossen Zeitaufwand, den man braucht um von Heidelberg oder Aschaffenburg nach Darmstadt zu kommen, schränkt das Hin- und Herfahren einen stark ein. Man hat keine Gelegenheit mit denen einen saufen zu gehen, mit dem man den ganzen Tag hier studiert. Man lebt in zwei getrennten Welten. Hier Arbeit, dort Freizeit.

↓ HIER geht's weiter

Ein sinnvolles Verbinden ist nicht möglich, und zusammen lernen und arbeiten scheitert an den schlechten Zugverbindungen. Das merken viele dann auch am Ende des 1. Semesters und versuchen dann eine Wohnung zu finden. Nur, das jetzt erst das Problem anfängt. Der freie Wohnungsmarkt fällt meistens als Möglichkeit weg (zu hohe Maklergebühren), also bleibt die studentische Wohnungswermittlung.

Und da sieht es mies aus. An der FH waren die Zimmer schon zwei Wochen vor Studienbeginn vergeben. Und das, obwohl die Quadratmeterpreise über 10,- DM lagen. An der TH war es dieses Jahr so ähnlich. Es gab keine Zimmer in Darmstadt. Wer meinte, daß man in den Studentenwohnheimen einziehen könnte wurde enttäuscht. Für FH-Studenten gibt es keine Wohnheime in Darmstadt, und die TH hat nur Plätze für 800 Studenten. Aber die Wohnheime sind sowieso keine Lösung. Einzelzimmer, und teuer. Sie bieten nicht die Möglichkeit wirklich zu wohnen, es bleibt ein Hausen. Aber über Wohnheime brauchen wir uns sowieso nicht den Kopf zu zerbrechen, die Wartezeiten betragen 3 Jahre und dann ist unsere Ausbildung abgeschlossen.

LÖSUNG: ZUSAMMENWOHNEN

Aus diesen beschissenen Zuständen heraus versuchen ~~immer~~ mehr von uns, die Konsequenzen zu ziehen, und wohnen zusammen. Es dreht sich dabei weniger um wirtschaftliche Gründe, es sei denn, man findet kein Haus zum Mieten und besetzt deshalb eines, sondern darum, eine Wohnungsform zu finden, die unseren Bedürfnissen entspricht. Weg von der Scheiß Vereinzelung im Untermieterzimmer, Weg von den Eltern, die einen nicht akzeptieren, weg von den Kontrollen des Wohnungsbesitzers, der seine Moral einem aufzwingen will.

Dagegen mit den Leuten zusammen wohnen, mit denen man arbeitet, zu denen man Vertrauen hat. Zusammen wohnen ohne sich nach den bürgerlichen Normen zu richten, wie verheiratet, verlobt, jeden Freitag Hausputz etc.

Nur ist es klar, daß man auch für eine Wohngemeinschaft nicht schneller eine Wohnung findet, deshalb machen wir ja auch hier diese Aktion.

DENN: GEMEINSAM geht's BESSER!

SANIERUNG

- zwingt ARM raus
- zwingt REICH rein!

Was gefällt Dir an Darmstadt?

Sind es die modernen Wohnsilos, die an jeder Ecke hochgezüchtet werden, aber oft durch zu hohe Mietforderungen halbtiersteinen; oder sind es die Straßen, die die Stadt zerstückeln und das Leben für die Bewohner der Stadt durch die Abgase und den Lärm unverträglich machen; oder sind es die Kaufstraßen, die dich durch die aufdringliche Reklame zum Konsumieren drängen; oder sind es die "gut funktionierenden" Nahverkehrsmittel, mit denen Du angeblich Tag und Nacht jeden Punkt der Stadt erreichen kannst; oder sind es die Altbaugebiete der Stadt, in denen sich viele gemütliche Kneipen befinden, billige Wohnräume befinden, die Groß-

industrie den Einzelhandel und die handwerklichen Betriebe in die Jahre noch nicht ganz ausgerottet hat, alles in allem eine Atmosphäre herrscht, die du in modernen Wohngebieten vergeblich suchst.

Eines dieser beliebten Wohnviertel, das Martinsviertel, wird nun durch städt. Sanierungsmaßnahmen und den Bau einer Autobahn zerstört.



Darmstadt, den 16.11.73

Darmstadt

Fräulein
Barbara
i. Hause

DIE KÜNDIGUNG!

Sehr geehrtes Fräulein

Hiermit kündige ich Ihnen die Wohnung zum 1.1.1974. Die Gründe, welche mich zu diesem Schritt veranlassen, dürften Ihnen ja bekannt sein. Eine Hausordnung besteht für Sie meines Erachtens überhaupt nicht. Jede weitere Diskussion hierüber erübrigt sich. Alle mahnenden Worte meinerseits werden von Ihnen in den Wind geschlagen.

Wie mir Herr W. am Montag versicherte, will er am 1.12.73 das Zimmer räumen. Er zieht angeblich nach Münster b. Dieburg. Sollte sich aber herausstellen, dass Herr W. sein Vorhaben nicht ausführt und wohnen bleibt, dann gilt auch für ihn diese Kündigung und selbstverständlich auch für Fräulein S.

Hochachtungsvoll!

Die gesetzliche Kündigung beträgt 4 Wochen. Ich werde daher am 1.12. meine Kündigung noch als

Darmstadt, den 20.11.73

Darmstadt

Einschreiben!

ANTWORT DES HAUSESITZERS!

Fräulein
Barbara
i. Hause

Sehr geehrtes Fräulein

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens v. 20.11. und habe aus demselben entnommen, dass Sie die Kündigung zum 1.1.74 ablehnen. Hierfür geben 2 Gründe an:

- 1.) Nichteinhalten der 3 monatlichen Kündigungsfrist.
- 2.) Dass die von mir angegebenen Kündigungsgründe für Sie nicht akzeptabel u. widerrechtlich seien.

Sind Sie im Recht. Es muss eine Kündigungsfrist von 3 Monaten gehalten werden, sofern kein Mietvertrag abgeschlossen wurde. Aus Ihrer Sicht ist der von mir angegebene Grund widerrechtlich. Aus meiner Sicht mag das stimmen, aber aus diesen Gründen verhält sich die Sache für mich etwas anders.

Jeder Mieter hat das Recht Besuch zu empfangen. Er kann auch ausgehen und spät nach Hause kommen. Dagegen ist nichts zu sagen.

In Ihrem Falle sieht die Sache aber doch wesentlich anders aus. Sie sind für mich empfangen Sie Besuche, die sich meistens bis nach Mitternacht ausziehen. Wenn dann die sogenannten Diskussionsabende wie sie es Herr W. benannte, beendet sind, geht das vorabgeschlossene. Der eine um 11 Uhr der andere um 11.30 und das zieht sich dann hin bis so gegen 1 Uhr. Die Herrschaften gehen dann aber nicht auf Strampfen und ohne Licht wie Sie schreiben aus dem Hause, sondern ganz normal mit Licht und Schuhe. Es mag vielleicht sein, dass diese Herrschaften beim Kommen die Schuhe ausziehen und kein Licht machen, damit sie nicht gesehen werden. Es ist auch schon vorgekommen dass der eine ohne andere runtergeschlichen ist, aber das war dann schon gegen Morgen. Und dann kommt es auch immer wieder vor, dass mancher überhaupt nicht runterkommt und es vorzieht gleich oben zu bleiben. Dies merkt man dann an den abgestellten Autos, welche in der Straße stehen. Selbst die Nachbarschaft ist hier vor schon informiert. Es ist doch erussen, dass schon Leute mit einer Schlafzack hoch gingen. Neben mir denn hier ein Freudenhaus, ein Obdachlosen Asyl oder ein anständiges Mietehaus?

Man könnte da noch verschiedene Kündigungsgründe angeben, aber das würde zu weit führen. Ich habe es schon mit guten und besah Worten versucht Sie in dieser Hinsicht umzustimmen, aber leider alles vergeblich, nun müssen Sie halt die Konsequenzen tragen.

Ich kündige Ihnen hiermit die Wohnung zum 1.3.74. Sie haben nun 3 Monate Zeit und können sich ein für Sie angemessene Wohnung suchen. Sie schreiben ja selbst dass Sie sich eine jährlich angemessene Wohnung suchen wollen und dafür haben Sie jetzt 3 Monate Zeit.

Barbara

61 Darmstadt, den 20. 11. 1973

Herrn
Anton S
in Hause

ANTWORT!

Betr.: Ihre Kündigung vom 16.11. 1973

Sehr geehrter Herr

Hiermit lehne ich die von Ihnen eingegangene Kündigung vom 16.11.73, sowie auch die angekündigte vom 1. 12. 1973 ab; und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) die von Ihnen indirekt angeführten Kündigungsgründe sind für mich widerrechtlich und unter keinen Umständen akzeptabel; da sie in dem BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) unter Hausratsordnung; Abs. Kündigung nicht als rechtlicher Kündigungsgrund erwähnt sind
- 2) die von Ihnen als gesetzliche Kündigung genannte Frist von vier Wochen trifft in unserem Falle nicht zu, da ein schriftlicher Mietvertrag nicht geschlossen wurde, und daher laut BGB die dreimonatige Kündigungsfrist automatisch in Kraft tritt.

Diese Ablehnung erfolgt auch im Namen von Frä. S.

Hochachtungsvoll
Barbara

Hs. Herrn V. betrifft diese Angelegenheit nicht mehr.

DATEN + FAKTEN

Die schlechte Qualität liegt an den Verkleinerungen. TUT UNS LEID! Genaueres frag die AG WOHNER!

Herr W. hat sich am 1.12. das Zimmer auf. Die in seinem Besitz befindlichen Schlüssel / 2 Zimmerschlüssel und ein Hausratschlüssel sollen Ihnen Sie bitte an mich abgeben. Die Vorplatzschlüssel bleiben bei Ihnen.

Was nun die Miete betrifft so bin ich mit Ihrem Vorschlag nicht einverstanden. Als Herr W. und Sie die Wohnung gemietet haben wurden 300.- vereinbart. Hierin waren die ganzen Nebenkosten enthalten.

Von Herrn W. kassierten Sie dann DM. 100.- für das Zimmer. Das geht auch in Ordnung, denn schließlich hatte Herr W. ja auch Zugang in Ihre Wohnung, genau wie Sie.

Ich kann das Zimmer ohne Wasser und ohne Gaseol ja niemals vermieten. Außerdem ist es das kleinste Zimmer. Ich verlange für die verbleibende 3 Zimmerwohnung DM 250.- plus Wasserzähl. Sollten Sie aber wieder Erwerben mit mir in dieser Angelegenheit nicht einig geben, bin ich gezwungen Sie mit sämtlichen Nebenkosten zu belasten.

Die Miete können Sie dann auf mein Konto bei der Darmstädter Volksbank Konto Nummer: überweisen.

Hochachtungsvoll!

Hs. Wenn Sie die Wohnung bis zum 1.3.74 nicht geräumt haben, geht die Sache an ein ordentliches Gericht.

Es muß dafür gesorgt werden, daß die Wünsche und Möglichkeiten der Bewohner bei der Durchführung der Sanierung berücksichtigt werden, daß ihre Bereitschaft zur Mitarbeit einbezogen wird und daß etwaige Spannungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich vermieden werden.

Tatsache jedoch ist, daß alles Bemühen der Martinsviertler gegen die Interessen der Stadt und der Industrie machtlos sind. Die Autobahn wird gebaut, und zwar quer durchs Martinsviertel.

Es können jedoch nicht genügend Ersatzwohnungen gestellt werden, obwohl die Stadt propagiert:

"Kein Bewohner des Martinsviertels soll durch die Sanierung aus dem Gebiet verdrängt werden, sofern er dort wohnen bleiben möchte. Ersatzwohnungen sind in ausreichender Zahl und zu zumutbaren Bedingungen zur Verfügung zu stellen."

Und im Sozialplan schreibt die Stadt:

"Denn die Gemeinde hat die Pflicht, darauf zu achten, daß bei der Durchführung der Sanierung Nachteile für die Betroffenen in ihren persönlichen Lebensumständen oder im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich möglichst vermieden werden. Der Sozialplan erfüllt seine Aufgabe nur dann wenn er als Bindeglied zwischen den tatsächlich Betroffenen und der Stadt stets fortgeschrieben und der Entwicklung der Verhältnisse des Einzelnen angepaßt wird."

(§ 8 StbauFG)

Aber in Wirklichkeit verdeckt die Stadt durch solche Informationen die Tatsache, daß 3000 Martinsviertler aus ihrer gewohnten Umgebung gerissen werden, und teils in teurere und unwohnlichere Wohnungen verdrängt werden sollen, teils überhaupt keine Wohnungen finden.

Wie sieht die Mietbelastung für die Bewohner des Martinsviertels z.Z. aus:

17,1 %	der Haushalte bis	10 %	des Nettoeinkommens
52,9 %	"	11-20 %	"
17,5 %	"	21-30 %	"
4,9 %	"	31-40 %	"
6 %	"	üb. 41 %	"

Die Hausbesitzer werden die Gelegenheit nutzen, nach der Sanierung die Mieten drastisch zu erhöhen. Dieser Wucher wird durch § des StbauFG legitimiert:

"Zur Mieterhöhung bedarf es keiner Änderungskündigung durch den Vermieter. Die Vertragsänderung tritt durch einseitige Vermietererklärung ein, allerdings muß der Vermieter eine Berechnung und Erläuterung der Kosten vorlegen. Im Gegenzug bleibt dem Mieter das Recht, umgehend zu kündigen!!!!"

Ist diese Regelung nicht toll, die dem Mieter das Recht gibt, zu kündigen - zumal die Wohnungsangebote in Darmstadt so reichhaltig sind?

Diese Aktion der Stadt und ihrer Geldgeber zeigt uns, wie machtlos die einzelnen gegen die Interessen der Großindustrie sind. Die Wohnraumzerstörung im Martinsviertel muß uns, die Studenten, genauso berühren, da im Martinsviertel relativ billige Wohnungen durch den Bau der Autobahn auch für uns verloren gehen.

Deshalb ist ein Zusammenschluß unbedingt nötig, um unsere Interessen vertreten zu können und gegen die sinnlose Wohnraumzerstörung zu protestieren.

**Kommt in die
AG WOHNNEN**

jeden Montag 18 Uhr



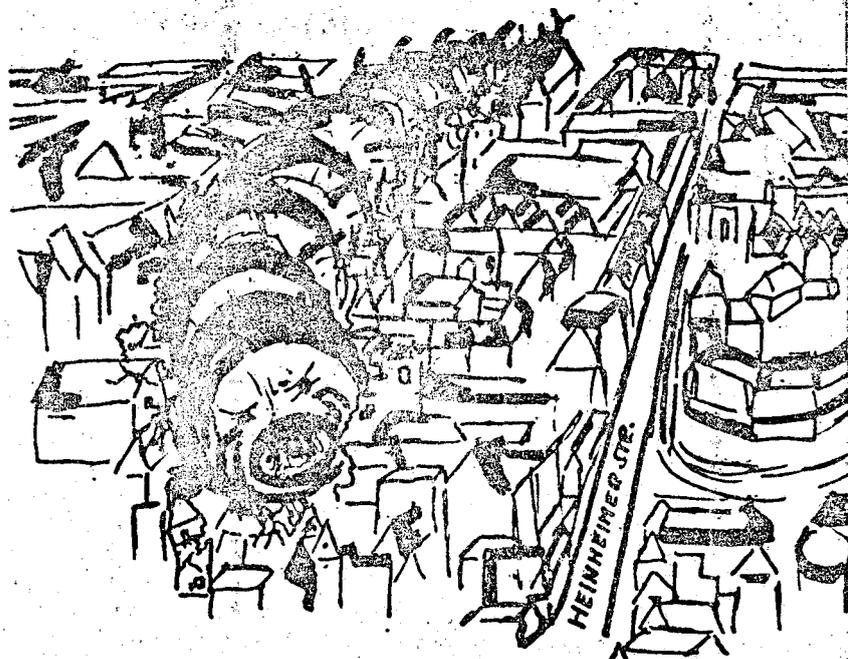
STADTTEIL ZEITUNG MARTINS VIERTEL

NR. 2 - 1. JHR
MAI '72

AUFLAGE: 450
INHALT:

1. Information, Entscheidung, Mitbestimmung
2. Die aktuelle Frage
3. Wir wären in der Ausstellung
4. Hintergedanken zur Osttangente
5. Autobahn quer durchs Viertel
- 7.1. Hat im Martinsvie

DIE SANIERUNG FRISST UND LÄUFT UND FRISST UND....



HERAUSGEBER: REDAKTIONSKREIS BÜRGERGRUPPE MV

KOMMUNALE WOHNUNGSVERMITTLUNG DIE SPD REFORMIERT DAS „MAKLERUNGESEN“

Die von der SPD überall eingerichteten kommunalen Wohnungsvermittlungen, als Konkurrenz für die zahlreichen Maklerbüros, werden von vielen Leuten über alle Maßen gelobt.

Aber wie sieht es wirklich aus?

Wer als Wohnungssuchender zur kommunalen Wohnungsvermittlung kommt, muß zuerst einen sogenannten Bewerbungsbogen ausfüllen. Für Studenten und Wohngemeinschaften, so ist hier zu erfahren, ist die Sache sowieso aussichtslos. Zimmersuchende Studenten werden zum Zimmerschnelldienst geschickt, und Wohnungen für Wohngemeinschaften soll man sich auf dem freien Wohnungsmarkt suchen.

Die übrig gebliebenen Bewerber können sich auf eine lange Wartezeit gefaßt machen. Erhält man endlich einen Bescheid, so erfährt man gleichzeitig, daß man nicht der einzige Bewerber für die Wohnung ist. Erhält man vom Hausbesitzer keine Antwort, wartet man auf den nächsten Bescheid. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt etwa 1/2 Jahr.

Und dann sind die Chancen sehr gering, nur an ungefähr 25% der Bewerber wird auch tatsächlich eine Wohnung vermittelt.

Davon sind 2/3 Sozialwohnungen der angeschlossenen Bau- und Wohnungsgesellschaften. Für Bewerber ohne Sozialwohnungsberechtigung (darunter fallen in allgemeinen Studenten) wird demnach die Chance verschwindend klein, eine Wohnung zu erhalten.

Außerdem: Wer kann sich schon ein halbes Jahr Wartezeit erlauben, wenn er dringend eine Wohnung braucht?

Fazit: Man wendet sich dann doch lieber an den Makler. Der verlangt zwar 2-3 Monatsmieten, aber man hat wenigstens eine Wohnung!

Spekulation im Treppenhaus GESCHICHTE EINER KÜNDIGUNG

Fakten und Daten von:

Kunibert Nörgel und seiner zuverlässigen Ehefrau und Assistentin Esmeralda.

Jegliche Obereinstimmung mit noch lebenden Personen ist nicht nur zufällig.

Seit schon einem Jahr gibt es irgendwo in Darmstadt im dritten Stock eines Altbaus eine solide Miniwohngemeinschaft, bestehend aus nun zwei Studierenden an der FHO. Das Vermieterhepaar im ersten Stockwerk nennen wir mal Kunibert und Esmeralda Nörgel. (Baujahr: um 1900).

Nun, Kunibert und Esmeralda besitzen eine umwerfende Beobachtungsgabe in Bezug auf die Vorfälle, die sich in jedem Winkel des Hauses abspielen, besonders in den Winkeln der Dreizimmer-Wohngemeinschafts-Wohnung. Bis vor gar nicht zu langer Zeit konnte man das Verhältnis zwischen der Wohngemeinschaft und den Nörgel's noch als erträglich bezeichnen. Aber seit einem gewissen trüben Novemberabend dieses Jahres, ist der "Ofen aus" (zweifelloos nicht durch die Energiekrise hervorgerufen). Zu später Stunde, nämlich zwischen 22.07 und 22.25 Uhr, wagten es in ihrem jugendlichen Leichtsinne drei Kommilitonen, sich durch die gefährliche Kontrollpassage von Esmeralda bis zum dritten Stockwerk "hinaufzuschleichen". Auf dem Weg nach oben fühlten

sie sich noch unbeobachtet, dafür kamen sie auf dem Weg nach unten -47 Minuten später- nicht ganz ungeschoren davon, da sie sich nämlich erlaubten, "ganz normal mit Licht und Schuhen" Aufsehen zu erregen.

Kniee zitterten und Zähne klapperten. Das war zuviell laut sorgfältiger Buchführung und einem zuverlässigen Rechen-system der Esmeralda fehlten zwei der Besucher beim 2. Durchgang. Die Rechnung wollte und wollte nicht aufgehen. Die ganze Nacht wurde gerechnet und beobachtet, mit Stoppuhr und Lichtschranke. Esmeralda wollte ganz sicher gehen, da sie ja keine falschen Tatsachen verbreiten wollte und kontrollierte die Zahl und die Art der in der Straße abgestellten Autos. Tatsächlich! Ganz gegen die Gewohnheit standen da noch zwei unbekannte Autos. Das war zuviell! Die müssen raus, schließlich handelt es sich um ein anständiges Mietshaus.

Liebe Kommilitonen und Kommilitoninnen!

Aus der oben geschilderten Erfahrung machen wir Euch auf die Gefahr aufmerksam, daß es in Darmstadt immerhin noch Mietshäuser gibt, in denen es zwar erlaubt ist, auszugehen und spät nach Hause zu kommen, aber nicht geduldet wird, zu später Stunde noch Besucher zu empfangen, zu entlassen oder zu beherbergen.

???? WIE LANGE NOCH????

DIE RÄUMUNGEN

Zuerst fünf Zimmer an der Frontseite des ersten Stocks. Angeblicher Grund: Eigenbedarf. Ämter die drei Jahre sehr gut anderswo untergebracht waren, solange hatte die Traube nämlich leergestanden - hätten jetzt plötzlich dringenden Platzbedarf.

Danach war die INWO gewarnt. Noch einmal wollte sie sich nicht überraschen lassen. Man begann sich intensiv auf eine Auseinandersetzung um die Uttinger Villa vorzubereiten. Außerdem war die Bevölkerung nach dem Blitzpolizeieinsatz in der Traube wieder aufmerksam geworden. Die Argumentation der Stadt hatte sie nicht ganz befriedigt, zumal jeder wußte, daß die Stadt da keine saubere Weste hatte. Deshalb lies sich der Magistrat für die Villa etwas besonderes einfallen. Ein Brandmeister war schnell gefunden, der bereitwillig hochgradige Brandgefahr für das Haus bescheinigte. Daß bis vor wenigen Monaten ein chemotechnisches Institut dort unbeschadet seine Arbeit tun konnte, beeindruckte die Herren wenig.

Hauptsache, sie konnten die Räumung der Villa als Rettungsaktion der Besetzer verkaufen, nur, die Räumungsaktion geriet mit drei Hundertschaften Polizei, Hunden, Schußwaffen, Tranengas und Feuerwehr für eine Rettungsaktion etwas zu militant. Mehrere Hundert spontan herbeigelaufene Leute sahen zu wie die Polizei die schöne Villa mit Zuschlagshämmer und Äxten kurz und klein schlugen, die Besetzer heraus-schleiften, traten, einen sogar so zu Boden schlugen, daß er bewußtlos liegen blieb, und das Hab und Gut der Bewohner zum Teil einfach zum Fenster rauswarfen. (Nebenbei demonstrierte ein Bulle ein abgestelltes Auto schrottreif, weil es ihm im Wege stand).

Gegen diesen brutalen Polizeieinsatz erhob sich eine Welle des Protests, die die Stadt schließlich zu einem Mietvertrag für den Resttraube zwang.

Diesem vorläufig letzten Akt der Darmstädter Wohnungsaktion sind in letzter Zeit noch weitere hinzugefügt worden.

Die Verurteilung eines bei der Villenräumung Beteiligten zu 300,- DM Geldstrafe, nicht wegen des Delikts, weswegen er angeklagt war, nämlich Körperverletzung eines Polizisten. Das war nämlich nicht zu beweisen. Vielmehr wurde er verknackt, weil "die Hausbesetzung ein widerrechtlicher Akt dargestellt hätte." (sinngemäß aus der Urteilsbegründung).

Den Polizisten, die die Besetzer während der Räumung mißhandelt hatten, ist natürlich nichts passiert.

Die Kündigung des 2. Stocks der Traube: Nach bewährtem Muster gab die Stadt wieder Eigenbedarf an, obwohl Bauderzernent Glas, im "persönlichen" Gespräch zugab, daß er noch nicht wisse, wer da überhaupt rein solle. Besonders zeigt sich die Doppelzüngigkeit der Stadt an folgendem:

In der Öffentlichkeit sucht sie ihren Fortschrittsinn herauszustellen mit solchen Sprüchen, wie: Wir werden nicht genehmigen, daß Wohnraum anderen Nutzungen zugeführt wird.

Auf der anderen Seite genehmigt sie sich selbst, wie im Fall Traube, eine solche Umnutzung in Büroraum, ohne daß die Öffentlichkeit irgend etwas erfährt.

Jede Gruppe die sich heute wieder mit der Wohnungsnot beschäftigt und auf irgendeine Weise versucht, ihrem Interesse nach billigem Wohnraum Geltung zu verschaffen, wird aus den Erfahrungen der INWO einiges lernen können. Einerseits hat nämlich diese Aktion die Notwendigkeit der Organisation aller Betroffenen beweisen können und der Teilerfolg diesem Ansatz rechtgegeben.

Andererseits lassen sich heute Fehler der INWO vermeiden.

NOCH UNTERDRÜCKENS SIE UNS: DIE STREITMACHT DER HAUSBESITZER



... ABER, WO GEWALT IST, DA IST WIDERSTAND!!

WIE SICH DARMSTÄDTER LEHRLINGE, SCHÜLER UND STUDENTEN VOR 2 JAHREN SELBST GEHOLFEN HABEN ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN...

Das dachten auch einige Studenten am WS-Anfang 71/72. Etwa zehn hatten schon einige Wochen erfolglos Zimmersuche hinter sich, bzw. "wohnten" in beschissenen Zimmern. Auf einen Aufruf des ASTA der THD besetzten sie für die "erste Not" eine leerstehende Etage des TH-Verwaltungshochhauses - die Glasetage. Von vornherein war allen Beteiligten klar, daß das Wohnproblem kein allein studentisches ist. Deshalb richtete sich das erste Flugblatt der frischgegründeten Initiativgruppe Wohnen (Inwo): "Wer allein sucht, sucht vergebens!" an Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten. Zusätzliche Publizität wurde der Aktion zuteil: durch die Lokalpresse, verschiedene Briefe und Petitionen des TH-Präsidenten Böhm an das Land, endlich Wohnheime zu bauen, nicht zu vergessen die ebenso unehrlichen, wie nutzlosen Beteuerungen des Oberbürgermeisters Sabais, er sei an der Sache nicht schuld, aber trotzdem wolle er den Studenten helfen. Er steigerte sich sogar bis zu der Behauptung: Die Stadt selbst hat keinen Wohnraum zu Verfügung und überhaupt in Darmstadt stünden so gut wie keine Häuser leer.

Kurz und gut!

Die INWO wurde immer größer. Auch Schüler und Lehrlinge sympatisierten, die aus ihren Elternhäusern raus wollten. Nach einigen Wochen Diskussion, theoretischer und praktischer Vorbereitung beschlossen die jetzt etwa 30 Leute starke Gruppe "der Stadt ihre leerstehenden Häuser zu zeigen: Sie besetzten das Erdgeschoss der Öttinger Villa an der Kranichsteinerstraße.

Erst jetzt wurde der Öffentlichkeit klar, daß es hier nicht um TH-Probleme ging, obwohl Magistrat wie Presse immer die nichtstudentischen Beteiligten bei der Aktion zu unterschlagen wußten. Es war ja auch nötig, auf alle Fälle zu verhindern, daß der großen Mehrheit der zur Mietwohnenden Bevölkerung die Wohnungsnot als Ihr Problem bewußt wurde, und viele vielleicht gar an einem Lösungsversuch durch Hausbesetzung gefallen finden würden. Die Solidarität der Bevölkerung durfte auf keinen Fall über unverbindliche Sympathiekundgebung für eine studentische Aktion hinausgehen.

Die Stadt jammerte, die Aktion sei unrechtmäßig, außerdem sei ein Jugendzentrum in der Villa geplant - das Geld war zwar weder in diesem noch im nächsten Haushalt bereitgestellt worden. - Aber das hatte die Öffentlichkeit nicht zu interessieren. Trotzdem wollte man verhandeln. Sabais mochte sich trotz heftiger CDU Attachen nicht von seinem progressiven Mantelchen trennen. Er gebrauchte die sooft zitierten Worte: Ich bin nicht bereit, gegen nachgewiesene soziale Bedürfnisse der Studenten vorzugehen!

So mochte Darmstadts Bürgerschaft ihren Superstar.

Der Magistrat bot der INWO den 4. Stock des ehem. Hotels "Zur Traube" am Luisenplatz an - 10 völlig vergammelte Dackkammern.

Bei der Belegung stellten INWO-Mitglieder jedoch nebenbei fest, daß nicht nur der 4. Stock, sondern fast die ganze Traube bis auf eineinhalb Stockwerke völlig leer war. Außerdem war die Öttinger Villa für die Gruppe mittlerweile zu klein geworden.

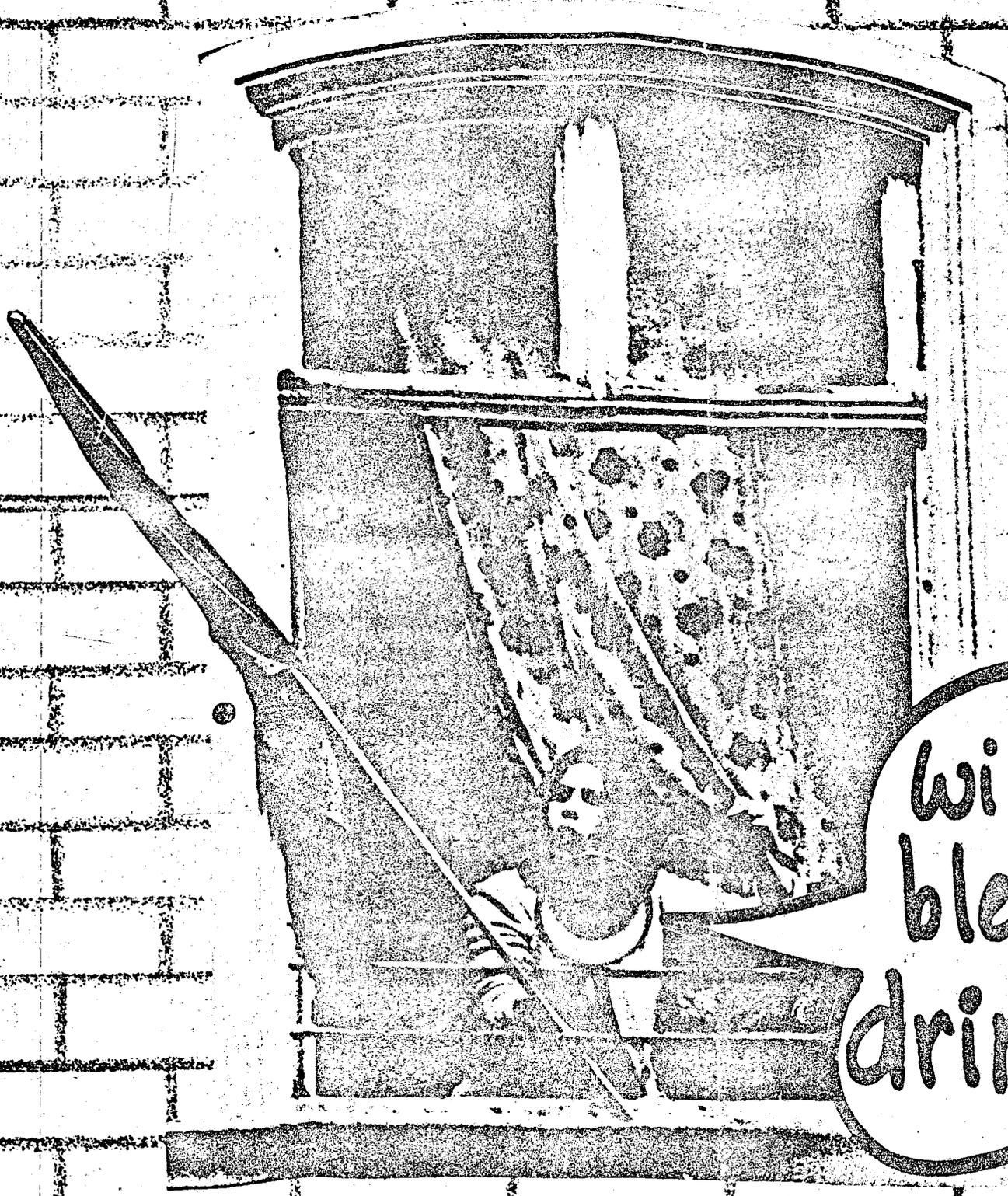
Was lag also näher, als die Traube gleich mitzub besetzen und dadurch neuen Wohnraum für 33 Leute zu schaffen? Jetzt saß die Stadt ziemlich in der Tinte.

Erstens war sie zweimal öffentlich der Lüge überführt, zweitens begann die öffentliche Meinung auf die Seite der Besetzer umzuschlagen - allein 4.000 Unterschriften wurden an einem Samstag Vormittag vor der Traube gesammelt - und schließlich geriet die Stadt jetzt noch mehr unter Beschuß von Rechts, die meinten: "Reich geräumt und der Spuk wäre vorbei gewesen. Unrechtmäßigkeiten (Frage: von Wem?) dürfen nicht geduldet werden!"

Die Stadt verlegte sich wiederum aufs Verhandeln: sie wollte Zeit gewinnen. Spätestens nachdem langsam parallel eine Heutzampagne der Presse nach dem bewährten Muster anließ: Jungstalinisten, Linke Langhaarige, Dreckschweine (DE-Schlagzeile: Besteck im Nachtopf) hätten die Besetzer etwas merken müssen. Nur, der Schwung der Aktion war verloren! Und jetzt rächte sich, daß eine langfristige Vorplanung der Aktion nicht diskutiert war. Endlose Diskussionen ohne Ergebnis in der Plenarversammlung, gruppenspezifische Probleme lähmten die INWO. Vor allem machte sich bemerkbar, daß nur wenige die Aktion im eigentlichen getragen und die politische Entscheidungen gefällt hatten. Die meisten hatten nur Handlangerdienste geleistet. Außerdem wurde die Koordination zwischen Traube und Villa immer schwieriger. Dies und noch eine Menge anderer Gründe, die eine systematische Analyse der Ereignisse enthüllen würde, führten dazu, daß die INWO kaum eine ernsthafte Gegenwehr gegen ihre Isolierung von der Bevölkerung leisten konnte, stattdessen immer noch auf die Verhandlungen mit der Stadt baute.

In der Villa war mittlerweile auch der Rote Punkt, Mietviertel und die Gruppe Release eingezogen, und die Besetzer hatten sich inzwischen in dem freigewordenen ersten und zweiten Stock eingerichtet. Damals wurde in Verhandlungen mit dem Stadtjugendring das Konzept eines Jugendzentrums erarbeitet, das heute endlich Wirklichkeit werden soll, als "Konzept" der Stadt.

Die Stadt bot der INWO immer unannehmbare Mietverträge an, je mehr sie die manipulierte Öffentlichkeit hinter sich wußte.



Wir
bleiben
drin!